

29.09.2020

Antrag

der Fraktion der SPD

Modellprojekt „Klimaneutrales Leben in Nordrhein-Westfalen“ – Klimaschutz in Familien verankern

I. Erfolgreicher Klimaschutz verlangt sozialen Ausgleich

Die Corona-Krise hat in den letzten Monaten die öffentliche Debatte dominiert. Der Klimawandel, das vorherrschende Thema der vergangenen zwei Jahre, hat zwischenzeitlich an Wahrnehmung verloren. Dabei sind die Merkmale der globalen Klimakrise wie Hitze, Dürren, Wassermangel oder Starkregenereignisse weiterhin zu spüren und zeigen, dass dieses Thema keinen Aufschub und keine Verdrängung duldet.

Klima- und Corona-Krise stellen Gesellschaft, Wirtschaft und Staat vor große Herausforderungen. Beide Krisen wirken auf die sozialen Verhältnisse, beide Krisen müssen und können durch entschlossenes Handeln überwunden werden. Dies setzt staatliche Eingriffe, Initiativen und kreative Ideen sowie eine breite gesellschaftliche Akzeptanz voraus. Um die globale Erwärmung auf höchstens 1,5 Grad zu begrenzen, bedarf es der dauerhaften Unterstützung einer möglichst breiten und stabilen Mehrheit in der Bevölkerung. Deshalb müssen die zwei Säulen Klimaschutz und Sozialverträglichkeit gleichwertig nebeneinanderstehen.

In der letzten Wahlperiode hat die rot-grüne Landesregierung in NRW mit der Verabschiedung des Klimaschutzgesetzes und dem Klimaschutzprogramm wichtige Impulse für den Klimaschutz gesetzt. Mit dem Klimaschutzprogramm des Bundes wurden nun Klimaziele gesetzlich verbindlich festgeschrieben und zugleich überprüfbare Vorgaben zur Senkung des Treibhausgasausstoßes in den Sektoren Energie, Industrie, Gebäude, Verkehr und Landwirtschaft festgelegt. Damit verbunden sind große wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen. Der Erfolg dieser Transformation hängt davon ab, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger diesen Weg mitgehen können. Das gilt für Verbraucherinnen und Verbraucher ebenso wie für Unternehmen.

Politik zur Bekämpfung des Klimawandels ist nur dort nachhaltig, wo sie auf einen breiten Rückhalt bei den Bürgerinnen und Bürger stößt, soziale Sicherheit und Beschäftigungsperspektiven und Lebensqualität vermittelt. Klimaschutz darf kein Elitenprojekt und ein umweltbewusstes Leben darf kein Luxus sein. Ziel muss es sein, dass sich alle ein klima- und umweltfreundliches Leben leisten können. Die klimapolitischen Herausforderungen eröffnen die Chance, Soziales neu zu denken und mehr Lebensqualität für alle zu schaffen. Wir müssen im Ökologischen das Soziale stärken, um auch im Sozialen das Ökologische fördern zu können.

II. Klimaschutz muss für Familien bezahlbar sein und Lebensqualität fördern

Die Diskussion um einen klimafreundlichen Konsum wird oftmals von zwei gegensätzlichen Ansätzen beherrscht. Auf der einen Seite sollen die Verbraucherinnen und Verbraucher mit ihrem Konsumverhalten nachhaltige Wirtschaftsstrukturen erzwingen. Der gegenläufige Ansatz setzt auf strikte politische Regulierung, um die Klimafrage zu lösen.

Bei diesem noch offenen Streit ist allerdings schon jetzt gewiss, dass eine Klimapolitik, die die Interessen und Möglichkeiten der Verbraucherinnen und Verbraucher ignoriert, zum Scheitern verurteilt ist. Wenn die anstehenden Veränderungen die Lebens- und Konsumgewohnheiten der Bürgerinnen und Bürger nur belasten, finden sie keine Akzeptanz. Maßnahmen sind dann erfolgreich, wenn sie für das Individuum zu mehr Lebensqualität oder einem ökonomischen Vorteil führen – diese sozialen Fragen bestimmen somit den Erfolg der Klimapolitik.

Damit der Klimawandel sozial gerecht vollzogen wird, müssen wir sicherstellen, dass Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen nicht belastet werden. Denn vor allem sie sind es, die schon heute mehr zum Klimaschutz beitragen als andere: Sie fahren kleinere Autos, nutzen häufiger den Öffentlichen Nahverkehr, wohnen in kleineren Wohnungen, verreisen seltener mit dem Flugzeug. Gleichzeitig finanzieren sie bspw. über das EEG überproportional den Klimaschutz.

Die von der Bundesregierung verabschiedeten CO₂-Reduktionsziele sind eindeutig: Bis 2030 müssen 55 Prozent der Treibhausgas-Emissionen eingespart werden. Das Klimaschutzprogramm verpflichtet uns, die Emissionsminderungsziele in den einzelnen Sektoren einzuhalten. Allein im Verkehrsbereich müssen im Vergleich zu 1990 rund 42 Prozent und im Gebäudebereich rund 66 Prozent der Emissionsmengen eingespart werden.

Diese Minderungsziele reichen in die verschiedensten Lebensbereiche und den Alltag der Menschen und Familien hinein. Vielen Menschen fehlt heute aber die Vorstellung, welchen Beitrag sie im Alltag dabei leisten können und müssen. Für die Politik besteht nun die Aufgabe, durch unterschiedlichste Maßnahmen und Ideen sicherzustellen, dass einkommensschwachen Haushalten keine Belastungen aufgebürdet werden und finanzielle Lasten solidarisch und sozial gerecht verteilt werden. Weiterhin gehört dazu, dass Bürgerinnen und Bürger verstärkt Beratungsdienste, Hilfestellungen oder Handlungsmöglichkeiten nutzen können. Deshalb ist die Landesregierung aufgefordert, ein Modellprojekt „Klimaneutraler Konsum in NRW“ zu initiieren. Das Projekt sollte insbesondere Familien ermöglichen, ein möglichst klimaneutrales Leben zu führen, sie dabei begleiten und mit ihnen gemeinsam einen Weg zu klimaneutralem Konsum ebnen.

Das Modellprojekt sollte folgende Schwerpunkte haben:

- Ermittlung von Potentialen der Emissionsminderungen
 - Aufspüren und Beseitigung von Hemmnissen für klimafreundlichen Konsum
 - Möglichkeiten zur Senkung der CO₂-Emissionen für private Haushalte
 - Verbraucherbildung
- Klimaschutz und Auswirkungen auf die Privathaushalte
 - Einsatz von technischen Innovationen
 - Identifikation von Maßnahmen des Alltags
- Förderung von Lebensqualität und klimafreundlichen Lebensstilen
 - Langfristig wirksame Lerneffekte, sowie
 - die Machbarkeit von klimafreundlichen Konsum- und Lebensstilen

- Medienstrategie
 - Entwicklung eines niederschweligen Maßnahmenplans „Aufklärung und Anreizmaßnahmen“
 - Netzwerkbildung
- Maßnahmenkatalog für die Weiterentwicklung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie
- Maßnahmen zur Entlastung von einkommensschwachen Haushalten
 - Synergien von Umwelt- und Sozialpolitik sind insbesondere durch verbesserte Energieeffizienz und die damit verbundene Verringerung des Energieverbrauchs im Strom -und Wärmebereich
 - Haushalte mit geringem Einkommen werden durch die zielgerichtete Steigerung der Energieeffizienz perspektivisch entlastet.

III. Beschluss

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- in Kooperation mit der Verbraucherzentrale NRW ein Modellprojekt „Klimaneutrales Leben in NRW“ zu entwickeln und zu finanzieren;
- Potenziale zur Emissionsreduktion in Haushalten zu identifizieren;
- mit Hilfe des Modellprojekts Instrumente und Handlungskonzepte für ein klimaneutrales Leben in Haushalten aufzuzeigen;
- Klimaschutzmaßnahmen auf ihre soziale Zumutbarkeit zu prüfen;
- Informationskampagnen für ein „Klimaneutrales Leben in NRW“ zu entwickeln und umzusetzen;
- die Erkenntnisse des Projektes für die Umwelt- und Verbraucherbildung zu nutzen;
- das Konzept „Klimaneutrales Leben in NRW“ in die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes einzubinden.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Christian Dahm
André Stinka
Inge Blask

und Fraktion